

URGENT ACTION

GESETZENTWURF GEFÄHRDET NGOS UND MENSCHRECHTLER:INNEN

EL SALVADOR

UA-Nr: **UA-121/2021** AI-Index: **AMR 29/5041/2021** Datum: **24. November 2021** – mr

NGOS MIT FINANZIELLER UNTERSTÜTZUNG AUS DEM AUSLAND

Am 9. November 2021 stellte der Innenminister von El Salvador einen Gesetzentwurf vor, der unter dem Titel „ausländischen Agenten“ die finanzielle Unterstützung von Organisationen aus dem Ausland erheblich erschwert. Aktivitäten in El Salvador, die „politische oder andere Zwecke verfolgen, die darauf abzielen, die öffentliche Ordnung zu stören, oder die die nationale Sicherheit und die soziale und politische Stabilität des Landes gefährden oder bedrohen“ werden darin untersagt. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, würde es sich auf die Finanzierung, die Tätigkeit und die Vereinigungsfreiheit von Menschen auswirken, die sich im Land für den Schutz der Menschenrechte einsetzen und/oder der Regierung kritisch gegenüberstehen.

Am 9. November legte das Ministerium für Inneres und territoriale Entwicklung den Entwurf für ein „Gesetz über ausländische Agenten“ vor. Dieses sieht vor, dass sich alle natürlichen oder juristischen Personen, die „Tätigkeiten ausüben, die direkt oder indirekt den Interessen eines ausländischen Auftraggebers entsprechen, von ihm kontrolliert oder finanziert werden“, als „ausländische Agenten“ registrieren müssen. Außerdem soll Menschenrechtsorganisationen der Zugang zu Finanzmitteln aus dem Ausland – beispielsweise von Partnerorganisationen – erschwert werden, was ihre Finanzierungsmöglichkeiten und somit ihre Arbeit massiv einschränken würde. Das Gesetz trägt zur Stigmatisierung und Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger:innen, NGOs und unabhängigen Medien bei und gefährdet die freie Meinungsäußerung derjenigen, die mit den Ansichten der Regierung nicht einverstanden sind. Ein solches Gesetz betrifft auch alle Salvadorianer:innen, die sich an diese Organisationen wenden, um Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und Gerechtigkeit zu erfahren.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Das vorgeschlagene Gesetz sieht außerdem Regelungen für die Registrierung, die Nutzung von Ressourcen und die Bewerbung von Aktivitäten vor. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IAMRK) stellte fest, dass es besonders besorgniserregend ist, dass die Nichteinhaltung dieser Bestimmungen, zusätzlich zur Beendigung der Aktivitäten und der Aufhebung des Rechtsstatus, straf- und verwaltungsrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Darüber hinaus forderte die IAMRK den salvadorianischen Staat auf, das vorgeschlagene Gesetz nicht zu verabschieden, da seine Anwendung die Arbeit und die Aktivitäten von Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und den unabhängigen Journalismus einsetzen und die manchmal finanzielle Mittel von internationalen Organisationen erhalten, einschränken könnte.

Der Gesetzesentwurf sieht auch eine Steuer in Höhe von 40 % auf alle Finanztransaktionen oder Spenden aus dem Ausland vor, die nicht zu den ausdrücklich im Gesetz genannten Ausnahmen gehören.

Von dieser Gesetzgebung werden nicht nur die Organisationen der Zivilgesellschaft betroffen sein, sondern auch die Bevölkerung, die von diesen Organisationen unterstützt wird.

Seit Beginn der Amtszeit von Präsident Nayib Bukele im Jahr 2019 hat seine Regierung zunehmend Maßnahmen ergriffen, um diejenigen zu stigmatisieren und zum Schweigen zu bringen, die die Politik der Regierung in Frage stellen und die Menschenrechte verteidigen.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100. Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE2337020500008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Vor allem seit Beginn der Corona-Pandemie haben Angriffe und Schikanen gegen Aktivist:innen und Organisationen zugenommen, insbesondere gegen diejenigen, die mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht von der Regierung fordern. Hochrangige Regierungsvertreter:innen, darunter auch Präsident Bukele, haben über ihre Social-Media-Accounts die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen diskreditiert und sie beschuldigt, Teil der politischen „Opposition“, „Tarnorganisationen“ und „Kriminelle“ zu sein und „den Tod weiterer Menschen herbeizuführen“.

Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen berichten, dass diese Art von Schikanen ein feindseliges Umfeld schafft, in dem die Verteidigung der Menschenrechte immer gefährlicher wird, und dass es kaum noch Raum für einen regelmäßigen und wirksamen Dialog zwischen Regierungsstellen und Menschenrechtsorganisationen gibt.

Wie Menschenrechtsverteidiger:innen berichten auch Journalist:innen über eine Eskalation der Angriffe und Schikanen seitens der Behörden.

SCHREIBEN SIE BITTE

TWITTERNACHRICHTEN, FAXE, E-MAILS ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie und alle Mitglieder des Kongresses höflich auf, den Gesetzentwurf nicht zu befürworten und von der Verabschiedung künftiger Gesetzesinitiativen abzusehen, die die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger:innen und den Medien im Lande gefährden.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

KONGRESSPRÄSIDENT

Ernesto Castro Aldana
Presidente del Congreso
Centro de Gobierno “José Simeón Cañas”,
San Salvador CP 1101
EL SALVADOR
(Anrede: Dear congressman Castro /
Sehr geehrter Herr Kongresspräsident Castro)
Twitter: @ECastroES und @AsambleaSV

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK EL SALVADOR

I. E. Frau
Florencia Eugenia Vilanova De von Oehsen
Joachim-Karnatz-Allee 47
10557 Berlin-Tiergarten
Fax: 030-20 64 66 29
E-Mail: embasal@embasalva.de oder
congen@embasalva.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **19. Januar 2022** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you and all members of Congress to shelve the law and refrain from passing any future law initiatives that endanger the work of human rights defenders and press in the country.

